

Bezugspreis:
Vierteljahr 30.— M., monatl. 10.— M.
Zwei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatsl. 10.— M., einjähr. 120.— M.
Zusatzgebühr für den Postweg, des Gans- und
Zustellens, sowie des ebenfalls bestim-
mten Gebiets Polens, Oesterreich,
Ungarn und Rumänien 20.— M. für
das übrige Ausland 27.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark,
Holland, Kurland, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Woll und Jelt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erziehung und Kleingarten“
erscheint wochentags zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgepaltenen Kompositionen
kosten 1,50 M. „Alte Anzeigen“
das fertige Wort 1,50 M. (zu-
läufig zwei fertige Wörter), jedes
weiteres Wort 1.— M. Stellungs-
und Schlafstellenanzeigen, das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Wörter. Familien-
anzeigen für Abonnenten 2.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zerlegungsgeld.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95—97
Expedition Moritzplatz 117 53—54

Montag, den 11. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 117 53—54

Weltkonferenz für Abrüstung.

Jahrestag der Abstimmung.

London, 11. Juli. (WTB.) Die amerikanische Botschaft in London teilt mit: Eine vom Weißen Hause ausgegebene Erklärung besagt: Im Hinblick auf die weitreichende Bedeutung der Frage der Beschränkung der Rüstungen hat der Präsident bei Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan angefragt, ob sie an einer Konferenz zur Besprechung dieser Angelegenheit in Washington zu einem gegenseitig vereinbarten Zeitpunkt teilnehmen würden. Der Präsident hat vorgeschlagen, daß die Probleme des Stillen Ozeans und des fernem Ostens, die mit der Abrüstungsfrage in enger Verbindung stehen, gleichfalls auf dieser Konferenz besprochen werden, um eine allgemeine Verständigung über die politischen Grundzüge im fernem Osten herbeizuführen. China ist eingeladen worden, an der Besprechung betreffend den fernem Osten teilzunehmen.

Gestern vor einem Jahr fand in den Abstimmungsgebieten Ost- und Westpreußens die Volksabstimmung statt, in der sich 92 Proz. der Stimmen für Deutschland entschied. Der Jahrestag wurde in den nun endgültig deutschen Gebieten festlich begangen. Reichs- und Landesregierung gedachten des Tages in Telegrammen. Es ist nicht unnützlich, an diesem Tage daran zu erinnern, daß die Abstimmung in diesen Gebieten völlig ruhig verlief und daß die Bevölkerung ihre friedliche Haltung bewahrte, obwohl durch den Entscheid des Obersten Rates einzelne Gebiete mit ausgesprochen deutscher Mehrheit zu Polen geschlagen wurden. In Entente-Kreisen nahm man diese Haltung als selbstverständlich hin. Um so mehr ist aber auch zu verlangen, daß in Oberschlesien die Entscheidungen des Obersten Rates und seiner Vollzugsorgane von polnischer Seite geachtet werden, und daß man den Insurgenten nicht immer wieder goldene Brücken zu neuen Aufständen baut. Am wichtigsten aber ist es, daß endlich einmal dem unhaltbaren Zwitterzustand ein Ende gemacht wird, und daß eine Entscheidung erfolgt, die jenseits der Befangenheit eines Korstantz, Le Rond und Sgorza liegt.

Le Rond fährt nach Paris.

Paris, 11. Juli. (WTB.) Der „Matin“ meldet, General Le Rond, der nach an den Folgen einer leichten im Weltkrieg erlittenen Verwundung leidet, hat bei der französischen Regierung um die Erlaubnis nachgefragt, nach Frankreich zurückzuführen und sich dort einer leichten Operation zu unterziehen. Diese Ermächtigung wurde ihm erteilt. Doch wird Le Rond erst nach Paris kommen, wenn er im Einvernehmen mit seinen Kollegen dem Obersten Rat den Bericht der Interalliierten Kommission über die Zustellung Oberschlesiens vorgelegt haben wird.

Breslau, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Breslauer Volkswart“ wird heute von parteigenösslicher Seite aus Katowitz über neue Provokationen französischer Offiziere in Katowitz und Wroslawitz berichtet, die Deutsche zu Unbesonnenheiten augenscheinlich absichtlich herausfordern wollen. Französische Offiziere schlagen verhaftete Deutsche mit Reitpfeifen und lassen sie mißhandeln, ohne daß ein Grund hierfür im geringsten zu erkennen ist. Die ganze Strecke von Neu-Berun über Wroslawitz-Eichenau—Laurahütte bis Groß-Dombrowska ist nach derselben Quelle noch völlig unbefestigt, und hier wickelt sich ein reger Verkehr der Insurgenten nach Polen ab. Der Eisenbahnverkehr innerhalb Oberschlesiens ist aber in den letzten Tagen vollständig regelmäßig vor sich gegangen und die Nachrichten, die bereits über den Ausbruch eines vierten Aufstandes berichten, sind völlig aus der Luft gegriffen.

In der „Schlesischen Volkszeitung“ wird ein Erlaß des päpstlichen Kommissars für Oberschlesien Digno Serra veröffentlicht, der diejenigen katholischen Geistlichen tadelt, die auf Seiten der Insurgenten sich an der Störung des Friedens und der Ordnung beteiligt hatten. Der Erlaß betont, daß der Geistliche für Oberschlesien der Fürstbischof von Breslau ist und daß diejenigen Theologen, die gegen ihn aufgetreten sind, keine berufenen Organe der Kirche seien.

Freigabe des deutschen Besitzes in England.

Berlin, 11. Juli. (WTB.) Das deutsch-englische Abkommen vom 3. Dezember 1920 ist vom Reichstag genehmigt worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden wird demnächst erfolgen. Nach Artikel 11 dieses Abkommens ist die britische Regierung auf Antrag durch die Geschäftsstelle für deutsche Güter, Rechte und Interessen in London bereit, deutschen Staatsangehörigen Hausrat, persönliche Gebrauchsgegenstände, Familienandenken und Handwerkszeuge bis zum Betrage von 500 Pfund Sterling zuzüglich der darauf ruhenden Kosten, ausgenommen Gegenstände von besonderem Wert, freizugeben, sofern das jährliche Einkommen der Antragsteller den Gegenwert von 400 Pfund Sterling nach dem geltenden Wechselkurs nicht übersteigt. Mit der Entgegennahme und Prüfung der an das deutsche Bureau in London weiterzuleitenden Anträge ist die Darlehnskasse für deutsche Flüchtlinge aus britischem Gebiet, Abteilung Möbel und Gepäck, in Berlin, Friedrichstr. 79a, von der Reichsregierung beauftragt worden. Antragsformulare sind bei der Darlehnskasse erhältlich. Da Freigabeanträge binnen sechs Monaten nach der Ratifikation des Abkommens bei der englischen Regierung eingegangen sein müssen, ist eine beschleunigte Einreichung der Freigabeanträge an die Darlehnskasse notwendig.

Engländer nach Leipzig. Der General Solicitor Sir Ernest Pollock ist im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die beiden deutschen Offiziere wegen Versenkung des Hospitalschiffes „Llandovery Castle“ nach Leipzig gereist.
In der „Victoire“ schreibt Gustav Hervé zu den Leipziger Urteilen, unter den augenblicklichen Umständen sei es am vernünftigsten, die Verfolgung der Kriegsschuldigen fallen zu lassen. Wehlich urteilt Gaudois. Poincaré schreibt im „Temps“ nach Reppelshausen.

Das Kabinett Bonomi.

O. L. Rom, 6. Juli.

Die Entwicklung vom Sozialisten in leitender Parteistellung zum Kriegsminister in einem bürgerlichen Ministerium und schließlich zum Ministerpräsidenten ist an sich nicht geeignet, der Persönlichkeit Bonomis Sympathie zu erwerben. Immerhin handelt es sich aber bei Bonomi nicht um eine jener schnellen Umwandlungen, die als Anpassungen an ein vorteilhafteres Milieu gedeutet werden könnten. Bonomi hat sich von innen heraus unserer Bewegung entfremdet, unter dem Einfluß Bissolatis, der vor nunmehr einem Jahrzehnt die Funktion unserer Partei für erfüllt erklärt hatte und geglaubt, die Sache des Proletariats sei künftighin der Gesamtheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse anvertraut und bedürfe keiner politischen Organisation mehr. Auf Grund dieser Auffassung schied Bonomi mit Bissolati auf dem Kongreß von Reggio Emilia aus unserer Partei aus. Wie Bissolati nahm er dann während des Krieges eine patriotische und interventistische Haltung ein, die ihm die Berufung zum Minister der öffentlichen Arbeiten in das „nationale Kabinett“ Boselli (1916) eintrug. In der Folge wurde er Kriegsminister unter Ritti und verblieb in dieser Stellung unter Giolitti, bis er sein Portefeuille mit dem des Schatzes vertauschte. In seiner Ministerstätigkeit entfaltete er eine ungewöhnliche Arbeitskraft und unverkennbare Energie, mit technischer und administrativen Fähigkeiten, die ihn zweifellos zum Vorrtritt vor den anderen Kandidaten zur Nachfolge Giolittis berechnete.

Trotz seiner unfehlbaren persönlichen Qualifikation hat Bonomi eine schlechte Presse, und in den Korridoren von Montecitorio wird nach unsanfter mit dem neuen Kabinett umgesprungen. Man sagt, es sei ein Kabinett von Unterstaatssekretären, womit gemeint ist, daß diese Minister im besten Falle zu Unterstaatssekretären zu brauchen sind. In der Tat sind die Mitarbeiter Bonomis Männer ohne ausgeprägte positive Fähigkeiten, abgesehen vom Arbeitsminister Beneduce, dem Schöpfer des Berufsmonopols, Männer ohne ausgeprägte politische Persönlichkeit.

Das wichtigste für die Existenzmöglichkeit des Kabinetts ist seine parlamentarische Basis, und Bonomi hat es verstanden, sich eine breite Basis zu sichern. Natürlich konnte er das nur durch ein Einvernehmen mit den Klerikalen, denn eine Mehrheit ohne die Sozialisten gibt es in der heutigen wie in der vorigen Kammer nur mit den Klerikalen. Immerhin haben die Sozialisten, ihrem Beschlusse gemäß, sich während der Krise nicht teilnahmslos zu verhalten, durch persönliche Unterhandlungen mit Bonomi dahin gewirkt, den vollständigen Ausschluß der Rechten aus dem neuen Kabinett durchzusetzen. Weder die Faschisten noch die Nationalisten, noch die Fraktion Salandra sind dem Ministerium beigetreten. Ein Abgeordneter der Rechten, Belatti, hat als Eingänger und ohne die Zustimmung seiner Fraktion das Portefeuille für Industrie übernommen. Das Kabinett stützt sich also auf die Klerikalen, auf die sog. sozialen Demokraten (bürgerl. Radikale) auf die liberalen Demokraten und die Reformisten.

Daß die Klerikalen einen für ihre Partei sehr vorteilhaften Pakt abgeschlossen haben, ist nicht zu verkennen. Obwohl auch sie nur drei Vertreter im Kabinett zählen, haben sie doch die Ministerien erhalten, die am meisten umstritten waren. Einer der ihnen, Micheli, übernimmt das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, das in dieser Zeit der Wirtschaftskrise besonderes Gewicht hat, da von ihm die Bergung der öffentlichen Arbeiten an die Kooperativen abhängt. Auch das Ministerium der Landwirtschaft ist einem Klerikalen, Mauri, zugefallen. Von politischer großer Bedeutung ist der Umstand, daß man zum erstenmal das Justizministerium einem Klerikalen, Di Rodino, anvertraut hat; die antiklerikale Linke hat immer den größten Wert auf die Behauptung dieses Portefeuilles gelegt, weil es gleichzeitig die Kultusangelegenheiten verwalte. Direkt auf das Unterrichtsministerium hatten es die Klerikalen nicht abgesehen gewagt; wohl aber hatten sie darauf gedrängt, Croce in seiner Stellung zu erhalten. Bonomi hat dagegen zum Unterrichtsminister einen unpolitischen Mann der Wissenschaft, Prof. Corbino, berufen.

Von Männern der „sozialen Demokratie“ treten drei ins Kabinett: Giuffrida als Postminister, Girardini für die Kolonien — ein alter Mann, der all dem, was heute in Lybien brodelt, kaum gemachsen sein dürfte — und Gasparotto als Kriegsminister. Dieser letzte ist aus der Gruppe des „Kriegerbundes“ in die soziale Demokratie übergetreten und wird vom „Avanti“ als Freund des Faschismus bezeichnet.

Drei Minister haben auch die liberalen Demokraten: De Nava (Schatz), Raineri (befreite Provinzen und Sozietät) (Finanz). Der Reformistischen Partei gehören Bonomi selbst und der Arbeitsminister Beneduce an. Unpolitisch ist der Marineminister Bergamasco. Auch der Minister des Auswärtigen, Marchese Della Torretta, ist politisch nicht zu kategorisieren. Er gilt allgemein als guter Kenner deutsch-österreichischer Verhältnisse, als mit deutschem Wesen vertraut und ihm sympathisch gegenüber.

Fortsetzung der Pariser Verhandlungen.

Paris, 11. September. (WTB.) Heute werden am Quai d'Orsay unter Vorsitz des Ministers Loucheur die Verhandlungen über die Reparationsfrage zwischen Staatssekretär Bergmann, Reichskommissar Dr. Guggenheimer und den französischen Sachverständigen wieder beginnen.

Internationale Frauenkonferenz.

Wien, 11. Juli. (WTB.) Unter überaus starker Beteiligung von Delegierten der über die ganze Welt verzweigten Sektionen der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, sowie von Vertretern verwandter Körperschaften fand die Eröffnungssitzung des dritten Kongresses der Liga statt. Die Eröffnungssprache hielt die Vorsitzende Frau Jane Addams (England), in der sie nach einem Rückblick auf die Bemühungen der Liga während des Krieges es als eine der Aufgaben des gegenwärtigen Kongresses bezeichnete. Der Kongreß wolle eine neue Gesinnung erwecken, die die Kräfte für immer unerschöpflich machen solle. Die Präsidentin der österreichischen Sektion, Frau Herzka, begrüßte die Delegierten aus den verschiedenen Ländern und schätzte die Lage des österreichischen Volkes, dessen Arbeit um die Freiheit von der Frauenschaft unterstützt werden müsse. Die Frauen würden die politischen Rechte, die sie jetzt erhalten haben, stets im Sinne der Menschlichkeit ausüben.

stehend. Der „Avanti“ wirft ihm vor, ein Feind des neuen Ruhlands zu sein; er hätte während seiner diplomatischen Tätigkeit in Petersburg mit den dortigen reaktionären Elementen komplottiert. Diese Abneigung gegen Sowjetrußland machte ihn Frankreich genehm.

Ausschlaggebend für die Lebensdauer des Kabinetts wird die Haltung unserer Parteifraktion sein; das geht mit der größten Deutlichkeit aus der Erwägung hervor, daß das Ministerium sich genau auf dieselben Gruppen stützt, die in der letzten Abstimmung für Giolitti stimmten: nämlich auf die bürgerliche Linke und die Merikalen. Diese genügen nicht, um Giolitti am Ruder zu erhalten und können also auch für Bonomi nicht genügen.

Bis jetzt nimmt der „Avanti“ eine sehr ablehnende Haltung ein, aber es ist kein Geheimnis, daß unser Zentralorgan weiter links steht als die Mehrheit der Parlamentsfraktion. Die Situation ist so ernst und gefährlich, daß es nicht gut angeht, nur das von den Parteitagebeschlüssen gelieferte Ureinal dem Versuch der Beeinflussung der Regierung in einem der Arbeiterklasse günstigen Sinne zugrunde zu legen. Ein feindliches Verhalten gegen das neue Kabinett würde dieses entweder nach rechts drängen, bis zu den Nationalisten, oder seinen Sturz herbeiführen, ohne irgendwelche Gewähr dafür, einen tüchtigeren Mann zum Ministerpräsidenten zu bekommen. Dagegen vermöchte ein wohlwollendes Abwarten das Ministerium nach links zu orientieren, mit der Nebenwirkung, daß dadurch den demokratischen Elementen in der Merikalen Partei ein gewisses Uebergewicht über die konservativen erwachsen würde. Es ist bekannt, daß die italienischen Merikalen in den Reihen ihrer Partei fast alle politischen Schattierungen haben, vom bürgerlichen Radikalismus bis zum Stockkonservatismus. Das Einigende ist die Haltung in konfessionellen Fragen. Die Merikalen zum Eintritt in ein Kabinett der Linken bewegen, bedeutet immerhin, innerhalb dieser Partei die mögliche Entwicklung nach rechts aufzuhalten.

In die Zeit der Krise ist auch ein Ereignis gefallen, das dazu angetan ist, dem neuen Kabinett das Leben weniger sauer zu machen: wir meinen den Versuch des Waffenstillstandes zwischen Sozialisten und Faschisten. Ueber diesen Versuch, der im Anschluß an die Erklärungen Turatis und Mussolinis in der Kammer angebahnt wurde, ist von der bürgerlichen Presse viel Ungenaues verbreitet worden, mit einer Verbrämung von Siegesloskern, an der die ganze Sache hätte zugrunde gehen können. Man hat einen „Friedensvertrag“ veröffentlicht, der sich genau so las wie ein von den Faschisten den Sozialisten diktiert Friede. Der „Avanti“ vom 5. d. M. bringt eine Bestätigung des Parteivorstandes zu der Frage, in der nur gesagt ist, daß die Verhandlungen von einigen Genossen versucht worden seien und daß diese die Billigung des Parteivorstandes nachgesucht und erhalten hätten. Alles weitere sei Entstellung der bürgerlichen Presse, zumal der Text des Vertrages. Der Parteivorstand werde alles tun, was zur Beilegung der Gewalttaten geschehen könne, „im Einklang mit den Grundsätzen und Ueberlieferungen der Partei“. Von einem wehleidigen Friedensschluß, wie ihn die bürgerlichen Blätter verkündeten, ist also nicht die Rede.

Das Ministerium Bonomi, wie jedes andere Ministerium, hat ein vitales Interesse daran, die Faschismacherei beseitigt zu sehen. Versprechungen eines schärferen Vorgehens gegen die Gewalttäter hat Bonomi in den vorbereitenden Unterhandlungen unseren Genossen gegeben.

Nun muß man abwarten, wie das Kabinett sich praktisch verhält: das Programm ist noch das wenigste. Wir glauben, daß unsere Fraktion ihm eine vorläufige Lebensmöglichkeit gewähren wird, wenn nicht die Frage der Beamtenmaßregelungen das Kabinett aufs Glatteis führt. Es gilt heute nur bis zu den Sommerferien fortzuwirken. Im Oktober, vor der Wiederöffnung der Kammer, findet dann unter Parteitag in Rom statt, der unserer Fraktion Normen für ihre parlamentarische Taktik vorschreiben wird.

Schäden und Schwindel im Musikunterricht

Im Kultusministerium fand dieser Tage eine Besprechung statt, die die Regelung und Hebung des privaten Musikunterrichts zum Gegenstand hatte, also ein Problem behandelte, das nicht nur von theoretischer, sondern gerade heute auch von außerordentlich praktischer Bedeutung ist. Denn unter allen möglichen hochtrabenden Namen treiben in Berlin und anderswo sogenannte „Musikschulen“ ihr Unwesen, die oft nur von einem einzigen Lehrer betrieben werden, sich gegenseitig durch Reklame zu überbieten suchen und eine Art Unterricht erteilen, der die deutsche Musikbildung gefährdet und vertrauensvollen Jünglingen lediglich das Geld aus der Tasche zieht.

Die Konferenz wurde durch eine sehr beachtenswerte Ansprache des Kultusministers Becker eröffnet. Er hob als Ziel seines Amtes hervor, in viel weiterem Umfange als bisher auch die irrationalen Werte in den Dienst der Erziehung zu stellen. Bei der künstlerischen Erziehung, dem schwierigsten Gebiete, sei ein Hand-in-Hand-Arbeiten des Staates mit der freien Kunstlerenschaft gegeben. Erklärend wirkte in dieser Frage die Beeinflussung des künstlerischen mit dem rein Gewerblichen. Es müsse festgestellt werden, inwieweit die Polizei hier als Aufsichtsbehörde in Frage komme und wieweit auf der anderen Seite künstlerische oder pädagogische Gesichtspunkte bei einer anderen Staatsaufsicht möglich sind. Zu dem Problem einer Prüfungsordnung für private Musiklehrer, betonte der Minister, daß solche Maßnahmen zunächst als freiwillig in Aussicht zu nehmen sind. Man wolle von unten her diese Organisationsfragen aufwachen lassen, aus dem Leben die allgemeinen Regeln ableiten, die nachher auch in feste Formen gegossen werden können — ein Standpunkt, der die lebhafteste Zustimmung der Konferenzteilnehmer fand. Eine gewisse Mindesthöhe des Notendens, mit dem man bei musikpädagogischer Betätigung rechnen müsse, soll festgestellt werden, und alles, was darüber hinausgeht, das künstlerische Schaffen selbstverständlich, ebenso frei bleiben wie bisher.

In einem ausführlichen Referat schilderte dann Herr Restenberg die im privaten Musikunterricht herrschenden schlimmen Zustände und wies darauf hin, daß für ein beherrschendes Eingreifen nur eine Kabinettsorder von 1834 und eine Ministerialinstruktion von 1839 die Handhabe bieten. Die Einführung fakultativer Prüfungsordnungen und die Gründung von städtischen Volksmusikschulen empfahl der Redner als die zunächst liegenden Maßnahmen.

Die anschließende Aussprache behandelte insbesondere die Frage, nach welchen Grundrissen und mit welchen Mitteln die Aufsicht über private Musikschulen und Musiklehrer zu üben ist, ferner, ob sich die Einführung einer Prüfung für Leiter und Lehrer an Musikschulen und für Privatlehrer empfiehlt. Das Ergebnis der Aussprache sahte Restenberg dahin zusammen, daß allgemein der Unterrichtserlaubnischein als brauchbare Grundlage für eine Uebergangszeit angesehen wird und daß die einzelnen Bezirke angewiesen werden sollten, diese Erlaubnischeine strenger

USP. und Einigung.

Die Landeskongress der Unabhängigen Sachsens nahm am Sonnabend mit allen gegen 9 Stimmen eine Resolution an, die die Eroberung der politischen Macht „unter schärfter Anwendung aller Mittel des Klassenkampfes“ fordert, aber „Putzsch und sinnlose Gewalttätigkeiten“ ebenso wie „ein Zusammenarbeiten mit bürgerlichen Parteien“ verwirft. Es heißt dann weiter:

Der Kampf des Proletariats wird erschwert durch seine Zersplitterung in verschiedene Parteien. Es muß daher alles getan werden, um diesen Zustand zu überwinden und eine Einheitsfront des Proletariats herbeizuführen.

Die USP. Sachsens bekundet ihren festen Willen, an der Schaffung einer proletarischen Einheitsfront auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus mitzuwirken. Sie erklärt sich bereit, unter Wahrung ihrer Selbstständigkeit im Landtag und in den Gemeinden in wichtigen, die Arbeiterinteressen berührenden Fragen eine Verständigung der proletarischen Parteien zur Wahrung der Arbeiterinteressen zu erreichen suchen.

Erst wenn die Grundauffassungen und demzufolge die Handlungen aller oder einzelner Parteien die gleichen sind, kann eine organisatorische Vereinigung dieser Parteien angestrebt werden, die nur auf zentraler Grundlage erfolgen kann.

Die „Freiheit“ veröffentlicht einen Leitartikel ihres Chefredakteurs Rudolf Hilferding, worin vorausgesetzt wird, daß die Einigung des Proletariats als Resultat der geschichtlichen Entwicklung kommen werde. Hilferding schreibt dann:

Der Prozeß ist im Gange, und er braucht und soll nicht gelöst werden durch abstrakte Diskussionen über theoretische Grundsätze, weil die Entwicklung selbst für unsere grundsätzliche marxistische Auffassung entscheiden wird. Dieser Prozeß muß im Gegenteil gefördert werden durch Bereitschaft zum gemeinsamen Kampf, wo immer dieser möglich und notwendig ist. Nicht Konkurrenz der Parteien, sondern das Kartell, die proletarische Interessengemeinschaft, fordert die politische und ökonomische Lage der deutschen Arbeiterklasse.

Der Boden für einen solchen gemeinsamen Kampf ist am ehesten in den Gemeinden und Staaten gegeben, wo es sich um systematische Befestigung von Machtpositionen handelt. Er ist gegeben für Erreichung bestimmter konkreter Ziele, die den Arbeiterparteien gemeinsam sind und für die — unter Umständen unter vermittelnder Mitwirkung der Gewerkschaften — eine Aktionsgemeinschaft zur Durchführung des Kampfes sich bilden läßt. Uebereinstimmung in der Aktion wird notwendig werden, um in den Kampf um die Verteilung der Lasten das gemeinsame Interesse der schaffenden Massen zu wahren.

Wird so die politische Arbeit der sozialistischen Parteien von diesem Geiste geleitet, so wird geleistet, was die Stunde fordert, ohne der kommenden Zeit vorzugreifen und ihr voranzuhäufen, was in der Politik manchmal ebenso ein Fehler ist, als hinter der Zeit zurückzubleiben.

Was die beiden sozialdemokratischen Parteien heute noch voneinander trennt, ist die Verschiedenheit ihrer Auffassung über die Möglichkeit, unter besonderen Umständen auch mit bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten. Aber auch hier ist schon eine Wälderung der Auffassung der Unabhängigen zu erkennen, da sie bereit sind, mit der Sozialdemokratischen Partei Arbeitsgemeinschaften zu bilden, obwohl diese auch für die augenblicklich gegebenen Verhältnisse das Zusammenarbeiten mit Bürgerlichen für unentbehrlich hält.

Moskau und KPD.

Auf dem dritten Kongreß der Kommunistischen Internationale nahm in der letzten Sitzung, die den Diskussionen über taktische Fragen gewidmet war, die deutsche Märzaktion der Kommunisten einen breiten Raum ein. Die drei hervorragendsten Führer der Kommunistischen Internationale, Sinowjew, Trotski und Rabel, setzten sich mit der „mitteldeutschen Aktion“ auseinander und gelangten zu einem Ergebnis, das um so bemerkenswerter ist, als es in

einzuordnen als bisher. Die sofortige Einführung einer obligatorischen Staatsprüfung erklärte Restenberg für schlechthin unmöglich. Es könne sich nur um eine Uebergangszeit handeln, die in einer Verbindung mit dem Deutschen Musikerverbände eine solche Prüfung ermöglicht. Erst der Zusammenschluß der Vereinigung musikpädagogischer Verbände mit dem Musikerverband werde die Basis schaffen, die zur Hebung und Festigung des deutschen Musikerstandes führen könne.

Zum Schluß wurde eine Arbeitskommission eingesetzt, die diese bedeutsamen Fragen zur Entscheidung vorbereiten soll.

Wir wollen hoffen, daß diese Kommission nicht nur gründlich, sondern auch rasche Arbeit tut, denn die im privaten Musikunterricht grassierenden Uebelstände sind nachgerade unerträglich geworden und die irgendmöglichen Abhilfemaßnahmen sollten auch nicht um einen Tag verzögert werden.

Im Cassano durch die Sahara. Nachdem im vorigen Jahre der Versuch französischer Polizeiflugzeuge, die Sahara zu überfliegen, mit einer Katastrophe geendet hatte, unternahm die französische Regierung jetzt, die Sahara auf der Strecke von Algier nach Tamanrasset mittels Lastautomobilen zu durchkreuzen. Der Zweck dieser Unternehmung war, Benzin- und Nahrungsmittelstationen längs der geplanten Versuchsfahrtstraße von annähernd 2000 Meilen Länge anzulegen, deren Fehlen hauptsächlich die Katastrophe des Vorjahres zuzuschreiben war. Ein Zug von 23 Lastwagen mit einem Lastvermögen von je 30 Zentnern wurde für diese Wüstenreise ausgesucht. Diese Fahrzeuge waren von derselben Art, wie sie die Alliierten während des Krieges benutzten; die einzige Aenderung war der Einbau von doppelten Luftreifen an den Vorderachsen, um das Bersten der Lastwagen im Sande zu verhindern und um eine größere Elastizität bei den Fahrten über die felsigen Teile der Strecke zu erzielen.

Nach der Abfahrt von Algier wurde die erste längere Rast nach 530 Meilen Fahrt gemacht. Mit diesem Punkt waren die äußersten Vorposten der Zivilisation erreicht, und von jetzt ab war mit den Verhältnissen der unersähten Wüste zu rechnen. Bestenfalls bestand die Straße aus einem Kamelspfad, aber häufig genug verschwand auch dieser vollständig. Die Ausreise über eine Strecke von 1864 Meilen wurde ohne Notordeseit bewerkstelligt und das Ziel in einem Monat nach der Abfahrt erreicht. Unterwegs wurden drei Flugstützpunkte errichtet. Die Rückfahrt scheint schneller voranzutreiben zu sein, da die Fahrzeuge jetzt weniger belastet waren. Nicht nur der gelamte Lastzug gelangte wohlbehalten an seinen Abfahrtsort zurück, sondern auf der Rückfahrt sammelten die Wagen nicht weniger als elf Lastwagen auf, die in der Wüste während früherer Durchfahrtsversuche aufgegeben worden waren, und schleppten diese nach Algier.

Der glänzende Erfolg beweist die wichtige Rolle der Motorlastwagen bei Erschließung solcher Luftlinien quer durch ein strahlen- und eisenbahnloses Land. Nirgends in der Welt können Transportschwierigkeiten von der Art, wie die in der Sahara, angebrochen werden. So zahllos und verschiedenartig sind dort die Hindernisse, daß die allgemeine Annahme dahin ging, diese Gegend sei für jede Art Transportfahrzeuge mit Rädern unzugänglich. Wahrscheinlich

der Beurteilung der deutschen Kommunistischen Partei völlig übereinstimmt. Sinowjew führte aus:

Der 3. Kongreß muß noch einmal die Notwendigkeit einer engeren Annäherung an die Massen hervorheben. Eine Gefahr für die kommunistische Internationale liegt in der vorzeitigen Kampftätigkeit der jungen Parteien. Die Opportunisten sind natürlich Agenten der Bourgeoisie. Aber wenn die rechten Elemente unsere Feinde sind, so dürfen wir doch auch die Gefahren, die von den linken Elementen kommen, nicht außer acht lassen. Diese Elemente wollen uns zu einer vorzeitigen Aktion veranlassen.

Ueber die Frage der revolutionären Taktik sprach Trotski. Seine Ausführungen waren um eine Rolle schärfer als die des Vorredners:

Die Theorie der Offensivpolitik um jeden Preis ist nicht marxistisch. Politisch gibt es und kann es keine Partei geben, die weiter links steht als wir Kommunisten der Dritten Internationale. Wir müssen dafür sorgen, daß wir nicht nur jede gegebene Lage voll ausnützen, nicht nur kämpfen, sondern unsere Siege sicherstellen können. Wir müssen unsere eigenen Kräfte und die Kräfte unserer Gegner kalten Blutes abwägen. Man muß die Lage in jedem einzelnen Lande einer genauen Prüfung unterziehen, und nur dort, wo es möglich und notwendig ist, mit aller Macht zum Angriffe übergehen.

Als dritter Redner ergriff Rabel das Wort, der in seinem Tadel der KPD. noch weit deutlicher wurde. Er sagte:

Die ganze Kette der Opfer des deutschen Proletariats bildet die Quelle unserer neuen Erfahrungen. Die junge deutsche kommunistische Partei zeigt in ihrem Bestreben zu Aktionen eine ungenügende Kenntnis der Lage und bringt eine Reihe von Fehlern zum Vorschein, die ihre Verbindung mit den breiten Massen gefährden. Die Diskussion über die Märzereignisse in Deutschland hat zweifellos ergeben:

Erstens: Die Partei ist richtig vorgegangen, indem sie ihre Mitglieder aufforderte, der Arbeiterklasse, die von der kapitalistischen Regierung überfallen wurde, zu Hilfe zu eilen.

Zweitens: Die Partei, die Massen von Hunderttausenden wirklich revolutionären Proletariats führte, hat sich eine ganze Reihe Fehler praktischer Natur zuschaden kommen lassen. Um die Bourgeoisie entscheidend zu schlagen, muß die Tapferkeit des Proletariats erprobt werden. Ohne Angriff können wir nicht die Bastille des Kapitalismus erobern. Eine Partei ohne Kampfesgeist verdient nicht den Namen einer proletarischen. Für prinzipielle Gegner des Angreifens ist kein Platz in der kommunistischen Internationale, doch die Theorie des Angreifens um jeden Preis ist falsch, denn sie beraubt uns der Möglichkeit, die Lage nüchtern abzusuchen und den Kampf entsprechend der Kraft des Gegners vorzubereiten.

Da nach den 21 Bedingungen die Debatte geschlossen ist, wenn Moskau gesprochen hat, so bleibt den deutschen Kommunisten nichts übrig, als sich auch diese Ohrfeigen ruhig gefallen zu lassen. Für die westeuropäische Arbeiterchaft ist aber ein Satz aus den Ausführungen Rabels von ganz besonderem Interesse, die Mitteilung nämlich, daß die Opfer des Proletariats die Quelle für die Erfahrungen der russischen Kommunisten bilden. Hieraus kann die Arbeiterchaft erkennen, zu welchen Zwecken sie mißbraucht wird: sie ist Veruchskaninchen und Prügelknabe zu gleicher Zeit: Versuchskaninchen, indem man an ihr herumexperimentiert, und Prügelknabe, indem man, wenn das Experiment mißglückt, sie mit Fußtritten traktiert. Sind die deutschen klassenbewußten Arbeiter wirklich gewillt, sich eine solche Behandlung auf die Dauer gefallen zu lassen?

Polizeipräsident und Schwarz-Rot-Gold.

Ueber den Kieler sozialdemokratischen Polizeipräsidenten mit der schwarz-weiß-roten Flagge auf dem Dienstbock ist in den letzten Tagen viel geschwätzt und geschrieben worden. Die Richtigstellung, die beweist, daß der Polizeipräsident in seinem Geltungsbereich Schwarz-Rot-Gold schon längst eingeführt hat, daß er dabei aber dauernd durch eine Verfügung behindert wird, die der Handelsminister erließ, ist bis jetzt nur von einem Berliner Blatt gebracht worden. Wann folgen die übrigen?

ist es nur eine Frage der Zeit, ob hier nicht der Anfang mit einer neuen Handelsstrafe gemacht worden ist, die bisher ausschließlich von Kamelen begangen wurde.

Erziehung zur Kritik. Die Geschichtslehrer — zu 90 Prozent mindestens — respektieren noch wie vor ihre traditionelle Geschichtsauffassung. Die „Kritik“ nehmen sie gleich in den Unterricht hinein, üben sie selber aus, statt den kritischen Sinn ihrer Zöglinge zu wecken. Die sogenannte „Quellen“-Lektüre, die neuerdings hier und da stattfindet, ist völlig unkritisch, im Gegenteil: sie verstärkt noch die „Autorität“ des beglaubigten Geschichtsbildes, man ist ja nun „bis auf die Fundamente“ (die unter Umständen in der Luft hängen!) hinabgegangen! — Der Unterricht sollte aber umgekehrt durch die Erarbeitungsmethode den Zweifel wecken, um zur Selbstständigkeit, zur Urteilsfähigkeit, schließlich zum Vertrauen, aber nur in geprüfte Verhältnisse und Menschen zu erzielen! — Wie es gemacht werden könnte, das lese man in einem Heft nach, das ein Beispiel gibt! Walter Schöndrönn, Parteigenosse und Schulreformer, behandelt in „Erziehung zum kritischen Denken bei der Lektüre lateinischer Klassiker“ (Verlag: Neues Vaterland, Berlin) derart die berühmte erste Rede Ciceros gegen Catilina. Schöndrönn führt in knatterndem Frage- und Antwortspiel hinter die Suabe Ciceros, er deckt seine Berechnung, die Bedingtheit seiner „Geistigkeit“ durch die wirtschaftspolitischen Umstände und Kämpfe auf. Er löst durch seine Methode, Haltung und Mienenspiel der parlamentarischen Kämpfer so lebendig werden, daß nun Schülern und Lehrern auch wohl gegenüber andern überlieferten Lobpreisungen und Beurteilungen (Catilina steigt auf Kosten Ciceros) Zweifel aufsteigen werden: Produktive Zweifel!

Das Heft muß Altphilologen, Historiker, jeden Lehrer und jungen Menschen interessieren, jeden zur Selbstständigkeit Strebenden. Er wird dabei einsehen: Nichts ist sicher, als daß wir leben und daß wir zur Wahrheit streben müssen, aber sie nie endgültig und ganz besitzen werden! Und das bewahrt vor Fanatismus und Gehässigkeit! p. 8.

Das Himmelszeichen der Türken. Die Bevölkerung der Türkei ist durch ein Himmelszeichen in große Aufregung und freudige Hoffnung versetzt worden. Bei vollem Tageslicht beobachtete sie nämlich, daß ein Stern zwischen den Hörnern des zunehmenden Mondes stand, und da auf diese Weise der Himmel selbst das „Wappen S o h a m m e d s“ so wunderbar herbeizubereiten, sahen sie darin „eine günstige Vorhersage für den Ausgang der gegenwärtigen Wirren und Gefahren“. Auch die Europäer hat ja diese Erscheinung interessiert, denn es ist bekanntlich der Planet Venus, der vor einigen Tagen in Konjunktion mit dem Mond stand.

Hoffentlich gehen die Erwartungen der frommen Türken bald in Erfüllung. Denn wenn sie auf das nächste Wiedererscheinen ihres nationalen Symbols am Firmament warten wollten, so müßten sie sich bis zur Mitte des Jahrhunderts gedulden.

Das Theater in der Kommandantenstraße klebt vom 11. bis 15. geschlossen. Am 16. ist Uraufführung der Operette „Die Dielenhege“.

Aus Kapps Heimat.

„Die Entwaffnung der Orts- und Grenzwehren hat sich in Ostpreußen reibungslos vollzogen“, so wurde gemeldet. In den ostpreussischen Verhältnissen heimische Personen scheinen mit einigem Recht dennoch etwas anderer Meinung zu sein. So schreibt man uns:

Ein größeres Augenmerk dürfte von den zuständigen Stellen den vorbereitenden Maßnahmen der Rechtsparteien entgegengebracht werden müssen, die in Ostpreußen großzügige Organisationen mit allen möglichen Neben Gründen geschaffen haben, um unter recht harmlosen Namen eine Vereinigung von „Gleichgesinnten“ aufrecht zu erhalten.

Als die hauptsächlichste Kampfgemeinschaft in Ostpreußen seitens der Rechtsparteien ist der Heimatbund anzusehen, der eine Kappische Gründung ist. Der Bund verfassungstreuer Ostpreußen, der Königsberger Bürgerverein, ein großer Teil der Heimatvereine, ein Teil der führenden Persönlichkeiten des Ostpreussischen Heimatdienstes, und endlich die neu gegründete Staatsbürgerliche Arbeitsgemeinschaft — all diese Vereinigungen hängen in Dezernatsbeziehungen eng zusammen mit dem Heimatbund, der sich als geschäftsführende Stütze der Arbeitskraft des bei dem Kapp-Bußsch abgesetzten Oberpräsidenten v. Haffel zu sichern wußte und durch Umfragen entsprechend der Größe des Grundbesitzes der Großgutsbesitzer genügend Geldmittel an der Hand hat, um auch seine Beauftragten in gewisse behördliche Verbindungen zu bringen. Das zeigte sich auch so recht bei den bisherigen Orts- und Grenzwehren, die unter der behördlichen Leitung des Oberpräsidenten standen, denen aber der Heimatbund auf eigene Faust „Kreisberater“ beigegeben hatte, die sich aus ehemaligen Offizieren und aus den bei der Kapp-Affäre entlassenen Sipso-Beamten zusammensetzten und vom Heimatbund recht anständig bezahlt wurden. Sie hatten die bedeutsame Aufgabe, die Position des eingekerkerten Kreisrats zu unterwühlen, seinen Einfluß mehr hintertreten und dafür die dem Heimatbund geeignet erscheinenden Leute der Rechte an die Spitze der Ortswehrahmschüsse usw. bringen zu lassen. Jetzt, nach Auflösung der Ortswehren, versucht der Heimatbund diese bisher geleistete organisatorische Arbeit der Kreisberater für die Zukunft in besonderer Weise für seine Interessen auszunutzen, d. h. in irgend einer Form eine Vereinigung von Gleichgesinnten herbeizuführen, die zwar entsprechend den Ultimatsbestimmungen in keine Beziehung zu den früheren Ortswehren gebraucht werden können, aber dem Heimatbund eine gut geschlossene Organisation für etwaige Fälle sichern soll.

Nebendbei dürfte noch der Hinweis angebracht sein, daß von Ostpreußen aus recht nahe verbindende Fäden nach Bayern laufen, daß verschiedene Führer ehemaliger Freikorps und ähnlicher Organisationen vielfach in Königsberg bemerkt werden. In einzelnen Kreisen spricht man in letzter Zeit besonders davon, daß auch Oberst Diebitz seine Hand im Spiele haben soll, daß Verhandlungen sogar bis in benachbarte Gebiete ausgedehnt werden usw. Und der alte Oldenburg-Janus hat in seiner Blerehrlichkeit wohl nicht zuviel ausgeplaudert, wenn er in seiner Eigenschaft als Provinzialvorsitzender auf dem Sonnwendfest des Bundes der Landwirte für Ostpreußen in Oberhelsa den Rognit u. a. folgendes ausführte: „Auf parlamentarischem Wege werden wir, wie ich glaube, in unserem preussischen und deutschen Vaterlande zu geordneten Verhältnissen nicht kommen. Es wird auch dort das Sprechen müssen, was der Grundton aller Staatsbildungen und aller Ordnung ist, das ist die Gewalt.“

Wir hoffen, daß wir den verantwortlichen Behörden mit der Veröffentlichung dieser Mitteilungen einen Dienst erwiesen haben, der ihnen die Erfüllung ihrer Aufgaben wesentlich erleichtert.

„Schufte und Lumpen“.

Ein mißglücktes Dementi der Postzensur.

In Nr. 308 des „Vorwärts“ brachten wir eine Verordnung der Postüberwachungsstelle zur Kenntnis, nach der die Briefkontrolle für Mitgliedsregister und ehemals registrierender Häuser und deren Angehörige verboten sei und die Öffnung von Briefen an hervorragende Persönlichkeiten des Inlandes für unstatthaft erklärt wurde. Die PZM veröffentlichte am Sonnabend, den 9. d. M., ein Dementi zu dieser Nachricht, in dem es hieß, daß eine solche Vorschrift überhaupt nicht bestünde, sondern daß nur die Sendungen an fremde Staatsoberhäupter prüfungsfrei seien. Ferner sei die Prüfung von Briefen an „Personen in hervorragender Stellung“ untersagt, soweit sie nur aus Reue erfolge.

Hierzu ist zu bemerken: Den Punkt 1 unserer Ausführungen hatten wir in vollem Umfange aufrecht. Eine Anordnung dieses Inhalts wurde nach Mitte April d. J. einem neuangestellten Herrn in der PZM zur Kenntnis vorgelegt. Ob es sich hierbei um eine Anordnung des Finanzministeriums oder des Leiters der PZM, handelt, sei dahingestellt; die Verfügung ist jedenfalls vorhanden; ihre Existenz kann jeden Augenblick bewiesen werden, und ein Widerspruch ist bis zum heutigen Tage nicht erfolgt. Zu Punkt 2 des amtlichen Dementis ist zu bemerken, daß zwischen „hervorragenden Persönlichkeiten“ und „Personen in hervorragender Stellung“ kein so großer Unterschied ist, daß sich hierauf ein einigermaßen haltbares Dementi stützen ließe. Der großen Mehrzahl der in der juristischen Dialektik ungeschulten Postprüfer dürfte dieser Unterschied einigermaßen schleierhaft sein, und — was das wesentliche ist — in der Wirkung kommt es auf das gleiche hinaus. Es müßte zum mindesten eine Aufklärung darüber verlangt werden, was unter „Personen in hervorragender Stellung“ zu verstehen ist.

Bedeutungsvoller als dieses mißglückte Dementi ist jedoch ein Vorfall, der sich im Anschluß an unsere Veröffentlichung in der PZM abspielte. Er wurde eine Betriebsversammlung der Angestellten einberufen, und der gegenwärtige Leiter der PZM, ein Herr Gärh, erklärte demjenigen, der die Mitteilung an den „Vorwärts“ habe ergehen lassen, für einen Schuft und Lumpen. Die verängstigten Angestellten nahmen eine Resolution an, in der sie fordern, daß der „Urheber dieses Artikels“ seine Tätigkeit möglichst rasch einstellen möge. So kann mit Angestellten in einem Betriebe verfahren werden, dessen Betriebsausgang rein bürgerlich ist, und der es bisher abgelehnt hat, Verhandlungen mit den freien Gewerkschaften anzuknüpfen. Die Angestellten aber sollten sich von der reaktionären Leitung nicht einschüchtern lassen und den Kampf für Meinungsfreiheit und Angestelltenrecht mit aller Schärfe aufnehmen.

Mißhandelte „Spartakisten“.

Zu unseren Mitteilungen über skandalöse Vorfälle auf der Festung Niederschönfeld in Bayern wies der „Lokal-Anzeiger“ mitzuteilen, daß ein amtliches Verfahren eingeleitet worden sei. Während er jedoch ein lautes Geschrei über „Eingriffe in ein schwebendes Verfahren“ erhebt, wenn von sozialdemokratischer Seite besonders schwere Vorfälle zum Zweck der Aufklärung mitgeteilt werden, greift das reaktionäre Blatt hier mit Behagen dem Gang der Untersuchung vor und behauptet, die Untersuchung werde das Gegenteil von dem ergeben, was der „Vorwärts“ seinerzeit vorgebracht habe. Selbstverständlich fehlt es hierfür auch nur an der Spur eines Beweises. Der „L.A.“ sucht die Gefangenen durch Witzereien über gefürzte Bademöglichkeiten usw. lächerlich und durch die Bezeichnung „Spartakisten“ verächtlich zu machen; jedoch scheint ihm die Tatsache, daß die Gefangenen von Wärtern in der brutalsten Weise mißhandelt wurden, nicht ganz unbekannt zu sein; denn schon jetzt findet er beschwichtigende Worte dafür, wenn einmal „einem der Wärter“ die Hand ausstrecke; dies sei nicht nur nicht schlimm, sondern leicht verständlich und sogar recht nützlich. Wir lehnen es ab, auf das Niveau eines Blattes herabzusteigen, das als Maßnahmen gegen Gefangene mittelalterliche Prügelfestigkeit empfiehlt, gestehen jedoch gern, daß der „L.A.“ seine Aufgabe, die Ruhr-Regierung in Preußen zu vertreten, glänzend erfüllt.

Auch das Sinnes-Blatt, die „Deutschen Allgemeine Zeitung“, weiß bereits von einer Erklärung „von zuständiger bayerischer Stelle“ zu berichten, daß von einer brutalen Behandlung der Festungsgefangenen nicht die Rede sein könne. Wie läßt sich diese Behauptung mit den Mitteilungen des „L.A.“ in Einklang bringen, die offen zugestehen, daß mehrere Gefangene von ihren Wärtern körperlich mißhandelt werden?

Nach bayerischem Muster.

Breslau, 11. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Herausgeber einer in Breslau erscheinenden politischen Wochenschrift Fleischmann, der sich in der letzten Ausgabe seines Blattes gegen hochverräterische Absichten einzelner Selbstschutzele gewandt hatte, wurde gestern in Bad Langenau bei Glas nach Beendigung einer Festlichkeit zugunsten der Oderschleifflotte von 25 Mann Selbstschutzeangehörigen (Bayern und Sachsen) überfallen und schwer mißhandelt.

Groß-Berlin Tuschiu.

Ein merkwürdiges Wort, nicht wahr? Welcher Sprache mag es angehören? Ja, nun rote mal. Vielleicht der malaisischen? Vielleicht der hindostanischen? Vielleicht der chinesischen? Geseht! Der deutschen Sprache soll es angehören! Wieso? Warum? wird man fragen.

Also, mein Leser, lasse dich belehren, auf daß du letzten Endes erfährst, wie wenig du ein Deutscher bist, ob du gleich meinst, die deutsche Sprache erträglich zu sprechen, zu lesen und zu schreiben. Sachverständiger für Tuschiu ist nämlich Geheimrat Dr. Fischer in Zehlendorf, Direktor des dortigen humanistischen Gymnasiums. Dieser Herr hat jüngst mit der seiner Obhut anvertrauten Jugend einen Deutschen Tag (übrigens, Herr Kultusminister, was soll das heißen: Deutscher Tag?) veranstaltet, an dem das Deutsche von den hochgeschätzten Mäthern der auf diesem Tage Sprechenden nur so herabträufelte wie dünnes Gänseleib.

Wie gesagt, Herr Fischer, Geheimrat und Direktor, sprach ein Erkleckliches, und das Ortsblättchen berichtete summa summarum sechs Spalten über den teutischen Tag. Davon füllte Herr Fischer drei Spalten allein. Nach diesem Bericht nun soll Herr Fischer als Ziel der Schulerziehung hingestellt haben: „Deutschen Fleiß und deutsche Treue, deutsche Reinheit und deutsche Kraft, deutsche Ehrlichkeit und deutsche Ordnung, deutsche Pflichterfüllung und deutschen Eitlichen Ernst.“ Man sieht: Gänsefleisch. Dann aber meinte er, man dürfe mit Walther von der Vogelweide sprechen: Tuschiu zuhugat vor.

Nun bitte ich alle deutsch-nationalen Heiligen einschließlich Ludendorff: was heißt das? Die deutsche Sprache soll doch eine so einfache und leichtverständliche Sprache sein, daß man sich sehr wundern muß, wenn ein Geheimrat und Direktor eines humanistischen Gymnasiums in herarigen unverständlichen Urtauten sein Bekenntnis zum Deutschtum ablegt. Daß dieser Jugendzieher es außerdem unternimmt, von Dingen zu sprechen, von denen er absolut nichts versteht, wie Moderne Kunst und Sozialismus, sei nur am Rande bemerkt. Er lobt den deutschen Minnesänger Walther von der Vogelweide, aber er kennt ihn nicht. Kennte er ihn, so müßte er wissen, daß der deutsche Sänger besagt, daß die Jugend nicht mehr nach Salomons Lehre frage, und daß er, besetzt von religiösem Kosmopolitismus, ausruft: Dem Herrn dienen Christen, Juden Heiden.

Walther von der Vogelweide ist fürwahr ein Dichter schlechthin, lassen wir Herrn Fischer, Geheimrat und Direktor, das „Tuschiu“ zum Feldgeschrei aller humanistischen Direktoren und Oberlehrer erheben. Wir wollen uns an den Strophen erbauen, die auch heute noch jeder versteht, weil der Dichter Walther von der Vogelweide sie durchleuchtet hat mit der zeitlosen Schönheit seiner Kunst und seiner Sprache. Er läßt ein Mädchen singen:

„Unter den Linden auf der Heide, / da unser zweier Bette was, / da mögt ihr finden alle beide / gefnickt die Blumen und das Gras. / Vor dem Wald in einem Tal / Landaradei / Lieblich sang die Nachtigall.“

Da hat er gemacht kostbarlich von Blumen eine Lagerstatt. / Des wird noch gelacht inniglich / kommt jemand her denselben Pfad. / An den Rosen er wohl mag / Landaradei / merken, wo mir's Köpfchen lag.

Daß er sich zu mir legte, / müßte es einer, / Verhüt es Gott! / so schämte ich mich. / Weß er mit mir pflegte. / O daß es keiner erfahren mag, / als er und ich / und ein kleines Vögelein. / Landaradei, / das mag wohl verschwolegen sein.“

Entgleisung eines Vorortzuges.

In unmittelbarer Nähe des Bahnhof Grünau entgleiste am Sonntagabend ein Vorortzug, so daß die Lokomotive quer über die Schienen zu liegen kam. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Auf dem Bahnhof Grünau selbst stauten sich etwa 7000 bis 8000 Fahrgäste auf den Bahnsteigen sowie auf der Straße um den Bahnhof und warteten auf die von Berlin angeforderten Einlage- und Rückzüge, die erst nach 12 Uhr nachts einklefen, um die Fahrgäste nach Berlin zu befördern. Sowohl die Strecke Königsmusterhausen—Grünau Stadtbahn wie auch die Strecke Königsmusterhausen—Sörlicher Bahnhof war gestört.

Wieder konnte das mit Recht beunruhigte und erregte Publikum von der Eisenbahnbehörde keinerlei Auskunft erhalten, so daß die auf ihre Familienangehörigen in Berlin harrenden mehrere Stunden große Angst durchdrängten, daß sich von Berlin aus überhaupt nicht feststellen ließe, was eigentlich passiert war. Herr Eisenbahndirektionspräsident Wülfel hatte vor einigen Tagen die Presse zu sich geladen und ihr allerlei nette kleine Sachen über Berliner Eisenbahnverkehrsverhältnisse erzählen lassen. Er sollte durch die Presse der Berliner Bevölkerung lieber endlich einmal die Zusage und die Gewissheit geben, daß auch die kleinen Herrgötter angewiesen sind, den berechtigten Wünschen des Publikums nachzukommen.

Genehmigung des einheitlichen Kaufmanns- und Gewerbegerichts.

Die von den städtischen Körperschaften Berlins beschlossene Errichtung eines einheitlichen Gewerbegerichts und eines einheitlichen Kaufmannsgerichts für das Gebiet der neuen Stadtgemeinde Berlin hat die Genehmigung des Oberpräsidenten gefunden. Mit der gestern erfolgten amtlichen Veröffentlichung der beiden Ortsgesetze sind diese in Kraft getreten. Damit wird die viel umstrittene Frage zugunsten der Zentralisation gelöst. Das Gewerbegericht ist in Kammern nach Berufsgruppen und Berufsgruppen einzuteilen und besteht aus mehreren Vorsitzenden und 500 Beisitzern. Auch das Kaufmannsgericht Berlin ist in Kammern einzuteilen und zählt 500 Beisitzer. Die ersten Wahlen sollen sofort, später im Oktober oder November stattfinden. Damit die Arbeiten für die Wahlen des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts der Stadtgemeinde Berlin bald beginnen können, wird vorläufig folgendes zur öffentlichen Kenntnis gebracht: 1. Zum Wahlleiter ist Stadtrat Poetsch und zu seinem Stellvertreter Stadtrat Schöning ernannt worden. Folgende Wahltermine sind festgesetzt worden: a) für die Gewerbegerichts wahlen: 1. aus dem Kreise der Arbeitgeber: Freitag, den 19. August 1921; 2. aus dem Kreise der Arbeitnehmer: Sonntag, den 21. August 1921; b) für die Kaufmannsgerichts wahlen: 1. aus dem Kreise der Kaufleute: Freitag, den 26. August 1921; 2. aus dem Kreise der Handlungsgehilfen: Sonntag, den 28. August 1921.

Die Wahlen beginnen um 9 Uhr vormittags und werden um 5 Uhr nachmittags geschlossen. Die Wahlvorschlagslisten sind spätestens 2 Wochen vor den einzelnen Wahlen dem Wahlleiter einzureichen.

Dank der Landesversicherungsanstalt Berlin an die Quäker

Die amerikanische Quäkerkommission, die lange Zeit in wahrhaft menschenfreundlicher Weise durch sehr bedeutende Zumdungen an der Bänderung des Elends und der Not in den Berliner Arbeiterfamilien tatkräftig mitgeholfen hat, wurde am Sonnabend im großen Sitzungssaal der Landesversicherungsanstalt Berlin von dem Vorsitzenden, Geheimen Regierungsrat Dr. Freund, empfangen. Er überreichte dem Führer der Kommission, Herrn Scattergood, ein die Fürsorgemaßnahmen der deutschen Invalidenversicherung darstellendes Werk mit herzlichsten Worten des Dankes.

Ernähigung der Milchfrachten.

Die ständigen Bemühungen aller Interessenten, Konsumenten und Produzenten, insbesondere auch des Milchamts Berlin um eine Herabsetzung der Milchfrachten haben endlich zu einem Erfolg geführt. Die Milchfrachten sind um durchschnittlich rund 40 Prozent ermäßigt worden. Es ist deshalb möglich, den Preis für das Liter Vollmilch von 3,60 M. ab Dienstag, den 12. Juli, auf 3,50 M. herabzusetzen. Für ein viertel Liter Milch darf der Kleinhändler in Zukunft 90 Pf. nehmen.

Der „schöne Herbert“. In einem Nachtlokal in der Friedrichstraße wurde ein Gast verhaftet, der unter dem Spitznamen „Der schöne Herbert“ bekannt war. Kriminalbeamte hatten ihn erkannt als einen 22 Jahre alten Kaufmann Herbert Busch, den sie schon seit längerer Zeit suchten. Buschs „Spezialität“ war es, die ersten Hotels und Pensionate heimzusuchen und Schmutz- und andere Vertices den Gästen zu stellen. Bei seiner Vernehmung gab er an, daß er nicht wisse, wieviel neue Diebstähle er ausgeführt habe; seiner Schädigung nach seien es 8 bis 10 gewesen. Er will die Diebstähle mit zwei Spielgefilen, die er nur den Vornamen Fritz und Otto nach kenne, begangen haben. Es ist jedoch wahrscheinlich, daß er allein gearbeitet und auch weit mehr Hotels heimgesucht hat, als er angibt. Geschädigte wollen sich beim Kriminalkommissar Bennat melden.

Der Raubüberfall am Bahnhof Neu-Siedenberg hat zu einer Festnahme geführt. Bei weiteren Nachforschungen hatte sich ergeben, daß der verhaftete Kallinowski, der Urheber des Raubanschlages, diesen nicht allein eronnen hatte. In den dringenden Bericht, seine Hand dabei im Spiele gehabt zu haben, geriet der Stiefsohn des Kallinowski, das Betriebsratsmitglied der Eisenbahnwerkstätten, Ernst Brock. Seine widersprechenden Angaben verfürten den gegen ihn vorliegenden Verdacht der Mitschuld so, daß die Kriminalpolizei zu seiner Verhaftung schritt. Der Verbleib der geraubten 120 000 M. ist noch nicht festgestellt.

Beim Borgen vom Tode überrascht wurde gestern der 23 Jahre alte Unterwachmeister der Schutzpolizei Johann Schmidt in der Kaserne in der Prinz-Friedrichstraße. 2. Er brach plötzlich zusammen und ein sofort hinzugerufener Arzt stellte fest, daß er infolge eines beim Borgen erlittenen Herzschlages verstorben war.

Ein Untergrundbahnbrand brach gestern abend aus unbekannter Ursache in der Berliner Straße in Rantöln aus. Er konnte jedoch nach kurzer Zeit von der Feuerwehr gelöscht werden. Der Sachschaden ist gering.

Vater sein Der unverheiratete Rutscher Friedrich Thomas in Beihensfelde vergiftete sich mit Lysol, weil er — Willente zahlen sollte.

Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Warm und vielwolkeiger, vorübergehend kühl; demüßigt mit etwas Gewitterneigung und größtenteils schwachen westlichen bis südwestlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

3. Abt. 9. Abt. abends 7 1/2 Uhr: Funktionärskonferenz bei Schirm, Charlottenstraße 67.

103. Abteilung, Oberhörsenmeide. Erste abend 7 1/2 Uhr: Vorstandssitzung bei Reumann.

Sport.

Rennen zu Grunewald, Sonntag, 10. Juli. Den Großen Preis von Berlin holte sich Weinbergs Oslan in der Rekordzeit von 2:32,7. König Midas endete völlig geschlagen als Vierter. Am Totalisator wurden nahezu 10 Millionen Mark umgesetzt.

Wannsee-Rennen (15 000 M., 1400 Meter). 1. Rose Marie (Eberle), 2. Divoire (Korbel), 3. Reichardt (Vohs), Tot. 78. Ul. 21, 22, 23; ferner liefen: Rugar (4), Weegeist, Paula, Raino, Ubertis, Verleis, Flugschiff, Witt die blind. — 2. Vergolefs. Rennen (20 000 M., 1600 Meter). 1. Scof Perry (D. Schmidt), 2. Schall II (Zimmermann), 3. Regenweiser II (Korbel), Tot. 12. Pl. 11, 15; ferner liefen: Ezerl. — 3. Siga. Rennen (15 000 M., 1400 Meter). 1. Welfung (Schl), 2. Drachse (Tensch), 3. Bregghan (Dane), Tot. 26. Pl. 35, 34, 40; ferner liefen: Pantofel (4), Anarshit II, Kanndt, Jo, Sarcos, Bania, Konvention (haben gel.), Hector, Wenking, Hopps, Abendstern, Sandmann, Ess. Leisna, Jermala. — 4. Preis von Grunewald (24 000 M., 1600 Meter). 1. Fimmländer (Tensch), 2. Colberg (Korbel), 3. Gellhor (G. Jans), Tot. 25. Pl. 12, 14, 13; ferner liefen: Weisbach (4), Suncillo, Berliner, Fena, Komposter II. — 5. Preis von Berlin (125 000 M., 2400 Meter). 1. Oslan (D. Schmidt), 2. Roland (Dane), 3. Fuchsler (Zimmermann), Tot. 64. Pl. 48, 50 Pl. Verleis (4), Weisbach (5), König Midas (6). — 6. Hatten. Rennen (15 000 M., 1600 Meter). 1. Dänben (ohne Namen), 2. Blumenblügel (Dane), 3. Komteffe Macaroni (Christlich), Tot. 142. (Plumentänzig), Pl. 35, 45. (Komteffe Macaroni) 31 (Salbon); ferner liefen: Offenhaus, Grala, Wöhe II, Archibald, Bedensohn, Rerur, Ruricus. — 7. Stadion Rennen (15 000 M., 1600 Meter). 1. Sauswind (G. Jans), 2. Einhart (Dane), 3. Reichardt (D. Schmidt), Tot. 56. Pl. 14, 19, 18; ferner liefen: Wofenreiter (4), Voothelin (Korbel), Verleis, Luftfahrt, Reichert.

Hunderennen. Der Berliner Hunde-Renn-Club veranstaltete im Stadion zu Berlin-Lichtenberg ein Hunderennen. Die Gespinnheiten des speziellen Wettkampfes wurden auch auf dieses Programm übertragen. Der hundertste Hund hat eine Programmnummer, er trägt eine hundertförmige Kennzettel, erkleint im Führung und wird an den Start gebracht. Im Ziel positionieren sich nach dem Ablauf die Besitzer und rufen und weilen. Die bekanntesten Signale und Stimmen feuern natürlich die Tiere an, die so schnell wie möglich zu ihren Herren eilen. So gehalten sich ein Hunderennen, und der Tag der Hunde sah eine große Zuschauermenge im Stadion, die den Vorgängen mit großer Begeisterung folgte. An diesem Sonntag, an dem mal keine Lokomotiven huperten, geschwehe man zwar keine Kolletten, die Vermögten sollten, es ging alles recht ruhig und einfach und wenig spektakulär zu, doch fehlte die Freude am Sport nicht.

